



Niederschrift

30. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 18.07.2017
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 21:00 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 17:40 Uhr, TOP 4.3
Herr Uwe Adler	SPD	bis 20:35 Uhr, TOP 4.5
Herr Daniel Keller	SPD	ab 17:30 Uhr, TOP 4.3
Frau Ingeborg Naundorf	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Christian Kube	DIE aNDERE	

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	bis 20:00 Uhr, TOP 4.5
--	-----	------------------------

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE	
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	bis 19:30 Uhr, TOP 3.1
Herr Viktor Kalitke		bis 20:35 Uhr, TOP 4.5
Frau Grit Schkölziger	SPD	ab 17:50 Uhr, TOP 4.3
Herr Steve Schulz	SPD	ab 17:35 Uhr, TOP 4.3 ; bis 20:40 Uhr, TOP 4.9
Herr Ronald Sima	DIE LINKE	
Frau Eva Wieczorek	Bündnis 90/Die Grünen	ab 17:35 Uhr, TOP 4.3
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	

Beigeordnete

Frau Petra Rademacher	FBL Bildung und Sport	Vertretung für: Frau Dr. Iris Jana Magdowski
-----------------------	-----------------------	--

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch	AfD	nicht entschuldigt
---------------------	-----	--------------------

sachkundige Einwohner

Frau Tina Lange	DIE LINKE	nicht entschuldigt
-----------------	-----------	--------------------

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete Geschäftsbereich 2	entschuldigt
------------------------------	------------------------------------	--------------

Schriftführer/in:

Frau Nicole Heidrich GB Bildung, Kultur und Sport

Gäste:

Frau Rademacher	FBL Bildung und Sport
Frau Dr. Seemann	FBL Kultur und Museum
Herr Gessner	BL Sport
Herr Henkelmann	Koordinator LSH
Herr Richter	KIS
Herr Schenck	AGL Verkehrsmanagement
Herr Claussen	SB Stadterneuerung
Frau Franke	SB Sektorale Stadtentwicklungsplanung
Frau Rabbe	ETBF
Herr Dörnbrack	Staatliches Schulamt Brandenburg an der Havel
Herr Kramer	PNN
Herr Klemund	Luftschiffhafen GmbH

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Fraktion DIE aNDERE
SBV, WA KIS, JHA, HA
 - 3.2 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg
Vorlage: 17/SVV/0365
Fraktion DIE LINKE
 - 3.3 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden
Vorlage: 17/SVV/0446
Fraktion DIE LINKE
K/W, HA
 - 3.4 Sportflächenentwicklungskonzept Eiche-Golm
Vorlage: 17/SVV/0527
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
B/Sp. (ff), OBR Eiche und Golm
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplan
(Sachstand Baumaßnahmen)
 - 4.2 Berichterstattung Reinigung an Potsdamer Schulen
gemäß Beschluss: 17/SVV/0170
 - 4.3 Schulstandort im Bereich der Medienstadt
gemäß 17/SVV/0238
-Wiedervorlage-
 - 4.4 Erstellung einer integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2019 bis 2025
Vorlage: 17/SVV/0530
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
JHA
 - 4.5 Standortprüfung Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld
Vorlage: 17/SVV/0577
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
JHA
 - 4.6 Masterplan " Seekrug"

Vorlage: 17/SVV/0578

- 4.7 Berichterstattung Evaluierung LSH
 gemäß Beschluss: 15/SVV/0714
- 4.8 Berichterstattung zum kostenlosen Schulessen für Bedürftige
 gemäß Beschluss: 16/SVV/0801
- 4.9 Berichterstattung zur Schulwegsicherheit am Oberstufenzentrum III "Johanna
 Just"
 gem. 16/SVV/0484
- 5 Sonstiges
- 5.1 Nächste Ausschusssitzungen
- 5.2 Information Wohnheim 55

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Viehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind **fünft stimmberechtigte** Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 20.06.2017 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird einstimmig **zugestimmt**.

Herr Viehrig bittet die Tagesordnung unter Sonstiges um folgenden angemeldeten Tagesordnungspunkt zu ergänzen:

- 5.2 Information Wohnheim 55

Er schlägt vor, die Reihenfolge der Tagesordnung, da Frau Rademacher ab 20:00 Uhr zu einem anderen Termin muss, wie folgt zu ändern:

1. TOP 4.3 – Schulstandort im Bereich Medienstadt – gemeinsam mit TOP 3.2 –
Errichtung einer Grundschule in Babelsberg –
2. TOP 4.8 – Berichterstattung zum kostenlosen Schulessen für Bedürftige
3. TOP 4.4 – Erstellung einer integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung
4. TOP 5.2 – Information Wohnheim 55
5. TOP 4.1 – Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung
6. TOP 4.2 – Berichterstattung Reinigung an Potsdamer Schulen
7. TOP 4.7 – Berichterstattung Evaluierung LSH

Danach werden die Tagesordnungspunkte in der ursprünglichen Reihenfolge behandelt.

Die Ausschussmitglieder **stimmen** der vorgeschlagenen Verfahrensweise **zu**.

**zu 4.3 Schulstandort im Bereich der Medienstadt
gemäß 17/SVV/0238
-Wiedervorlage-**

Frau Rademacher stellt anhand einer Präsentation die Zwischenergebnisse der Variantenprüfung der Medienstadt vor. Favorisiertes Ergebnis – jedoch nicht des Fachbereiches Stadtplanung – sei die Variante B sowie ein großer Sportraum auf dem Platz der Sandscholle. Aufgrund der beengten Flächenverhältnisse (Grundstücksgröße von 3.520 m²) sei es angedacht, einen viergeschossigen, unterkellerten Kompaktbau mit Verbinder zum Hortgebäude zu errichten. Die Kosten und der Realisierungszeitraum können leider zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht abgeschätzt werden.

In der sich anschließenden Diskussion geht man auf die vorgestellten Baupläne ein. Man sei sich einig, dass die Pläne sehr kreativ und innovativ seien. Jedoch gibt es auch Gegenstimmen. Denn das Grundstück auf der Sandscholle sei deutlich größer (Grundstücksgröße von 19.800 m²) und würde demnach mehr Platz für die Gestaltung des Schulgeländes bieten. Zudem bestünde Unklarheit bezüglich der baurechtlichen Abklärung aufgrund der anliegenden Villenbebauung, welche sicherlich auf Kritik der ansässigen Anwohner stoßen könnte. Auch zum Ablauf des Vergabe- und Genehmigungsverfahrens bestünde noch Ungewissheit.

Herr Richter verweist hierzu mittels einer Tischvorlage auf die vergaberechtliche Stellungnahme der KPMG (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) und den Wirtschaftlichkeitsnachweis des Ministeriums des Innern.

Frau Rademacher macht deutlich, dass erst nach einem endgültigen Errichtungsbeschluss für die Standortentscheidung mit der Kostenplanung und der eigentlichen Bauplanung begonnen werden kann. Derzeit stünden noch einige Detailfragen aus, welche nach den Sommerferien geklärt werden können. Sie schlägt daher eine Einberufung der AG Schulentwicklungsplanung im September im Anschluss vor, um über die neuen Ergebnisse zielführend diskutieren zu können.

Herr Dörnbrack betont nochmal, wie wichtig eine zeitnahe Entscheidung für den Standort Babelsberg sei. Man müsse mit ca. 7 Jahren für die Realisierung rechnen.

zu 3.2 Errichtung einer Grundschule in Babelsberg

Vorlage: 17/SVV/0365

Fraktion DIE LINKE

Der Antrag wird **zurückgestellt**.

zu 4.8 Berichterstattung zum kostenlosen Schulessen für Bedürftige gemäß Beschluss: 16/SVV/0801

Frau Rademacher informiert, dass aufgrund des haushaltsbegleitenden Beschlusses E 19 vom März 2017 eine Vereinfachung der Härtefallregelung herbeigeführt werden sollte. Zum Zwischenstand gibt sie bekannt, dass aufgrund der personellen Ressourcen, Prioritäten wie die Absicherung der Schulspeisung gesetzt werden mussten und sogar Arbeitsvorgänge, wie die Schulspeisung und Frühstücksversorgung vornehmlich durch Praktikanten und Azubis eigenständig bewältigt werden mussten.

Sie berichtet, dass es bezüglich der BuT-Fälle bereits Rücksprachen mit dem Fachbereich Soziales und Gesundheit gegeben hatte. Die rechtlichen Unklarheiten würden derzeit geklärt werden. Auch faktische Probleme, wie beispielsweise das BuT-Fachverfahren, lange Wartezeiten der Feststellung der Bedürftigkeit durch die Arbeitsagentur etc. machen eine Umsetzung zum neuen Schuljahr unmöglich. Ab dem 01.09.17 werde es eine zusätzliche Personalstelle im Fachbereich geben, sodass mit der Vereinfachung des Verfahrens zeitnah begonnen werden kann.

Sobald ein neuer Kenntnisstand vorliege, werde sie dem Ausschuss erneut Bericht erstatten.

zu 4.4 Erstellung einer integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung 2019 bis 2025

Vorlage: 17/SVV/0530

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Rademacher berichtet, dass man sich zu einem gemeinsamen Planwerk, der integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung, verständigt habe. Ziel sei eine ausreichende Versorgung an Kita- und Schulplätzen. Eine gemeinsame Fortschreibung soll ab 2019 erfolgen.

Die Vorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 5.2 Information Wohnheim 55

Frau Rademacher verkündet die gute Nachricht, dass alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig ihrer leistungssportlichen Perspektive, am Wohnheim Luftschiffhafen für das Schuljahr 2017/18 einen Wohnheimplatz erhalten hätten. Ab 2018/19 werden aufgrund von Strangsanierungen ca. 26 Wohnheimplätze

wegfallen. Diesbezüglich werde derzeit nach Alternativen, wie beispielsweise Gastelternschaften, gesucht.

zu 4.1 **Aktuelle Situation Schulentwicklungsplan (Sachstand Baumaßnahmen)**

Herr Richter erläutert seine Präsentation kurz (Anlage). Alle Bauvorhaben laufen soweit planmäßig ab. Der Umzug der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule werde wie geplant zum neuen Schuljahr beendet sein. An der Turnhalle des Leibniz-Gymnasiums werden noch Restleistungen erbracht. Die fehlenden Betonagen an der Zufahrt müssen innerhalb der Betriebsruhe der Schwimmhalle in der 31. KW durchgeführt werden. Die Aushärtung werde bis zur 34. KW andauern.

Herr Wollenberg erkundigt sich bezüglich der kürzlich in der Presse berichteten Äußerungen zum Gebiet Krampnitz, auch möchte er wissen, wie man mit den Zuzügen in Fahrland umgehen werde.

Frau Rademacher entgegnet, dass über eine Erweiterung der Grundschule in Fahrland erst nach Vorlage der neuen Bevölkerungsprognose zu entscheiden sei. Das Anwahlverhalten könne sich von Jahr zu Jahr ändern. Man habe daher einmalig für dieses Jahr eine Erweiterung der Zügigkeit vorgenommen. Zum Gebiet Krampnitz berichtet sie, dass die Stadt derzeit auf Grundlage der neuen Bevölkerungsprognose plane. Man gehe von einer dreizügigen Schule mit ca. 504 Schulplätzen aus.

Herr Wollenberg betont, dass er es nicht erleben möchte, dass sich die Situation wie im Nedlitzer Holz nochmals wiederholt.

Frau Rademacher gibt bekannt, dass dies nicht der Fall sei. Zusammen mit dem Bereich Stadtentwicklung habe man sich dazu am 10.07.17 verständigt.

zu 4.2 **Berichterstattung Reinigung an Potsdamer Schulen gemäß Beschluss: 17/SVV/0170**

Herr Richter erklärt anhand einer Präsentation (Anlage) gemeinsame Überlegungen zwischen dem Kommunalen Immobilien Service und dem Fachbereich Bildung und Sport zur Problematik der Unterhaltsreinigung an Potsdamer Schulen. Er geht dabei auch auf die verschiedenen Reinigungsturnusse ein, stellt die aktuellen Probleme bei der Vertragsdurchführung vor, sowie Vorschläge zur Abhilfe. Abschließend geht er auf die Ansätze bei der Neuvergabe der Reinigungsleistungen ein.

Frau Erning erkundigt sich, ob die Turnusse für Klassen- und Fachräume nicht getauscht werden können, um dies an die tatsächliche Nutzung anzupassen.

Herr Richter erklärt, dass dies zukünftig durch die Schulen bestimmt werde. Von einer zentralen Vorgabe werde man abweichen.

Frau Schkölziger bittet darum, dass die Schulen ebenfalls bei der Projektplanung der Neuausschreibungen einbezogen werden sollen.

Herr Richter entgegnet, dass die Art und Weise derzeit noch geklärt werde,

selbstverständlich werden man sich dazu mit den Schulen rückkoppeln müssen.

**zu 4.7 Berichterstattung Evaluierung LSH
gemäß Beschluss: 15/SVV/0714**

Herr Henkelmann stellt anhand einer Präsentation (Anlage) den Projektstatusbericht „Zukunft Sportpark Luftschiffhafen“ vor. Seit der Gründung der Projektgruppe „Zukunft Luftschiffhafen“ hat diese unter der Federführung des FB 21 und Einbeziehung weiterer Fachbereiche der Verwaltung eine lösungs- und zielorientierte Arbeit geleistet. Inhaltlich sind alle Projektaktivitäten gemäß dem Projektablaufplan auf die Erarbeitung der Zielvereinbarung und die Realisierung der operativen Ziele ausgerichtet. Zum 06.07.2017 beträgt der durchschnittliche Umsetzungsgrad des Projektes ca. 76 %. Anschließend stellt er den jeweiligen Umsetzungsstand und die noch ausstehenden Arbeitsschritte für die Zielvereinbarung, den Teilprojekten Rechnungswesen/Controlling, der Anpassung des Geschäftsbesorgungsvertrages sowie weiterer Verträge und dem Standortmanagement, der Nutzerangelegenheiten und Kommunikation vor.

Herr Klemund bestätigt, dass sich die Kommunikation zwischen der LSH GmbH und der Verwaltung verbessert habe.

Herr Henkelmann führt aus, dass ab September eine Nutzerbefragung durchgeführt werde.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 3.1 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Fraktion DIE aNDERE**

Der Antrag wird bis Oktober 2017 **zurückgestellt**.

**zu 3.3 Den 8. Mai lebendiger gestalten - Potsdamer Schulen einbinden
Vorlage: 17/SVV/0446
Fraktion DIE LINKE**

Herr Viehrig verweist auf den Ausgang der letzten Ausschusssitzung. Ziel sei es, die Gedenktage nicht gegeneinander aufzuwiegen, sondern v.a. die Beteiligung bzw. Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler, sowie der Verweis zum Gedenkkonzept der Landeshauptstadt herauszustellen. Ein gemeinsamer Antrag sollte dazu abgestimmt werden.

Daher gab es im Vorfeld der Sitzung Abstimmungen zu einem gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen, in Anlehnung an den Beschluss des Kulturausschusses vom 22.06.2017.

Er weist darauf hin, dass – trotz widersprüchlicher Äußerungen – selbst der Betreff des Antrages angepasst werden könne. Er hätte den Vorschlag:

Gedenken lebendiger gestalten – Potsdamer Schulen einbinden. Dieser wird jedoch nicht weiterverfolgt.

Der zur Diskussion stehende Änderungsantrag, welchem sich bisher CDU/ANW, SPD, Bündnis 90/Die Grünen angeschlossen haben, lautet wie folgt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Potsdamer Verantwortlichen für Erinnerungs- und Gedenkkultur das Potsdamer „Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam“, zu überarbeiten bzw. zu ergänzen, mit dem Ziel, bei jungen Menschen Interesse für Erinnerungs- und Gedenkkultur zu wecken bzw. zu verstärken. Insbesondere sollen sich Potsdamer Schulen bei Veranstaltungen aktiv einbringen können, z.B. durch Kunstprojekte, musikalische Beiträge, den Einsatz neuer Medien oder der schulfreundlichen Termingestaltung von Gedenkfeiern.

Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im November 2017 vorgelegt werden.

Frau Dannenberg betont, dass die Formulierung des Kulturausschusses nicht vernachlässigt werden dürfte. Ihr sei es sehr wichtig, den 8. Mai zumindest als Beispiel eines Gedenktages in den Antrag aufzunehmen.

Herr Sima schlägt folgende Formulierung vor, die auch von der Fraktion DIE aNDERE mitgetragen wird.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Potsdamer Verantwortlichen für Erinnerungs- und Gedenkkultur das Potsdamer „Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam“, zu überarbeiten bzw. zu ergänzen, mit dem Ziel, bei jungen Menschen Interesse für Erinnerungs- und Gedenkkultur zu wecken bzw. zu verstärken. Insbesondere sollen sich Potsdamer Schulen, **wie z. B. bei Gedenken zum 8. Mai**, bei Veranstaltungen aktiv einbringen können, z.B. durch Kunstprojekte, musikalische Beiträge, den Einsatz neuer Medien oder der schulfreundlichen Termingestaltung von Gedenkfeiern.

Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im November 2017 vorgelegt werden.

In der sich anschließenden Diskussion werden die beiden Formulierungen kritisch gegen einander abgewogen.

Herr Keller stellt den Geschäftsordnungsantrag zum Schluss der Debatte und zur Abstimmung der Fassung, wie sie Herr Viehrig vorgetragen hatte.

Herr Wollenberg stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass über die Fassung von Herrn Sima abgestimmt werden solle.

Herr Viehrig stellt zunächst die Formulierung von Herrn Sima zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

Der Antrag erhält keine Stimmenmehrheit.

Herr Viehrig stellt somit die Fassung der Fraktionen CDU/ANW, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Bürgerbündnis-FDP (Fraktion hat sich in der Diskussion angeschlossen) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den **Potsdamer Verantwortlichen für Erinnerungs- und Gedenkkultur das Potsdamer „Konzept zur Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Potsdam“**, zu überarbeiten bzw. zu ergänzen, mit dem Ziel, bei jungen Menschen **Interesse für Erinnerungs- und Gedenkkultur zu wecken bzw. zu verstärken.** ~~Veranstalten des Gedenkens an den Tag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus ein Konzept zu erarbeiten, welches den~~ **Insbesondere sollen sich Potsdamer Schulen bei Veranstaltungen aktiv einbringen können, z.B. durch Kunstprojekte, musikalische Beiträge, den Einsatz neuer Medien oder der schulfreundlichen Termingestaltung von Gedenkfeiern.** ~~verstärkt die Möglichkeit bietet, sich an diesem Gedenken zu beteiligen.~~

Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung im **November** ~~September~~ 2017 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

Der Antrag wurde **geändert beschlossen.**

zu 3.4 Sportflächenentwicklungskonzept Eiche-Golm

Vorlage: 17/SVV/0527

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Viehrig informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass für die Beschlussvorlage heute die 1. Lesung vorgesehen sei. Hierzu werden Frau Franke und Herr Gessner eine Präsentation (Anlage) halten und in das Thema einführen.

Frau Franke stellt den Anlass und das Ziel der Konzeptstellung vor. Mit dem Vorhaben die Universität Potsdam am Standort Neues Palais in den nächsten 20 Jahren zu erweitern und die historischen Strukturen wiederherzustellen, wurden diverse beteiligte Akteure während der letzten beiden Jahre in die Planung einbezogen. Für Sportflächenersatz in gleicher Quantität und Qualität soll gesorgt werden, sowie der Stärkung der Vereins- und Freizeitsportinfrastruktur in den Ortsteilen Eiche und Golm. Ferner führt sie die Herangehensweise für die Standortuntersuchung aus.

Herr Gessner geht auf die Vorzugsvarianten mit den jeweiligen Standortkonzepten ein. Empfohlen wird die Erweiterung der bestehenden Sportanlagen am Standort Kuhforter Damm und der Schaffung neuer

Sportanlagen am Standort Kaiser-Friedrich-Straße Nord. Die endgültige Entscheidung obliegt jedoch dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Die Vorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.5 Standortprüfung Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld Vorlage: 17/SVV/0577

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Claussen stellt die Vorlage vor. 146 Plätze an Jugendfreizeiteinrichtungen seien im Bornstedter Feld festgestellt worden. Diesbezüglich wurde in der David-Gilly-Str. ein Standort planungsrechtlich gesichert. Dieser stünde jedoch aufgrund der enormen Herausforderung in der Unterbringung der Flüchtlinge bis 2020 nicht zur Verfügung. Daher habe man unter anderem die Nachnutzungsperspektiven für die Biosphäre geprüft, welche jedoch ausgeschlossen sei.

Abschließend stünden zwei Standorte zur Verfügung: das Grundstück westlich der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule – Georg-Hermann-Allee, B-Plan Nr. 80.2 – und der Zeltplatz Montelino, B-Plan Nr. 81.

Herr Wollenberg merkt an, dass hierzu bereits ausführlich seit Jahren im Jugendhilfeausschuss diskutiert wurde. Da der Bedarf sehr dringend sei, solle man sich an weiteren Debatten nicht aufhalten, sondern die Vorlage zur Kenntnis nehmen.

Die Vorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 4.6 Masterplan " Seekrug" Vorlage: 17/SVV/0578

Herr Henkelmann führt aus, dass mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Mai letzten Jahres der Masterplan für den Luftschiffhafen um den Bereich Seekrug und unter Einbeziehung sämtlicher Grundstücke im mittelbaren und unmittelbaren Umfeld ergänzt werden sollte. Zur Umsetzung wurde dabei die ProPotsdam beauftragt.

Nachdem der ursprünglich avisierte Fertigstellungstermin Ende 2016, sowie die beantragte Terminverlängerung bis Ende des 2. Quartals 2017 aufgrund der komplexen Aufgabenstellung nicht gehalten werden konnte, soll nun in Abstimmung mit dem Geschäftsbereich 4 ein Ausblick auf den endgültigen Vorstellungstermin der abgestimmten Masterplanung gegeben werden.

Die Vorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

**zu 4.9 Berichterstattung zur Schulwegsicherheit am Oberstufenzentrum III
"Johanna Just"
gem. 16/SVV/0484**

Herr Schenck verweist auf den im Januar gefassten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und führt aus, dass seitdem neue Untersuchungen bezüglich der Schulwegsicherheit am OSZ III durchgeführt wurden, polizeiliche Unfallmeldungen wurden begutachtet und Videoüberwachungen möglicher Gefahrensituationen ausgewertet. Es wurden keinerlei signifikante Mängel festgestellt, sodass kein Handlungsbedarf bestünde. Hierzu händigt er eine Tischvorlage mit den Auswertungsergebnissen (Anlage) aus.

In der sich anschließenden Diskussion wird hinterfragt, ob bereits eine Rückkopplung mit der Schulleitung stattgefunden habe, welches **Herr Schenck** verneint. Die Ergebnisse der Evaluation und Nachbetrachtung der Haltestelle von Herrn Prof. Dr. Stadt lägen ihm erst seit heute vor.

Auch bittet **Herr Viehrig** darum, dass wenigstens eine Möglichkeit gefunden werden solle, um die Fahrbahn ohne Hindernisse zu überqueren, ggf. könne das Aufstellen eines entsprechenden Hinweisschildes zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Schülerinnen und Schüler beitragen. Er bittet darum, dass dem Ausschuss nach Rücksprache mit der Schulleitung erneut berichtet wird.

zu 5 Sonstiges

Frau Wieczorek berichtet, dass für eine angemessene Integration von Schülerinnen und Schüler aus Flüchtlingsfamilien ehrenamtlicher Deutschunterricht ab September angeboten werde. Dieses Programm solle im KuZe (Studentisches Kulturzentrum Potsdam) angeboten werden. Sie wirbt daher um freiwillige Unterstützer.

Anschließend erkundigt sie sich, wie die Quote der Quereinsteiger als Lehrer im Land Brandenburg aussehe.

Herr Dörnbrack entgegnet, dass Potsdam bezüglich der Lehrerstellen gut versorgt sei. Lediglich im Umland werde vermehrt auf Quereinsteiger zurückgegriffen. In der Prignitz gebe es eine Quote von 2/3 an Quereinsteigern. Für Potsdam gilt, dass ausgebildete Lehrer immer vorrangig einzustellen seien.

zu 5.1 Nächste Ausschusssitzungen

Herr Viehrig weist die Ausschussmitglieder darauf hin, dass die nächste Ausschusssitzung am 17.10.2017 nicht in der Voltaire-Schule stattfinden könne, sondern im Stadthaus, Raum 1.077. Auf Hinweis der Schulleitung werde die Ausschusssitzung im November in der Voltaire-Schule stattfinden. Er erkundigt sich ferner nach Vorschlägen für die Dezembersitzung.

Frau Naundorf schlägt die Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule vor.

Herr Viehrig verabschiedet die Ausschussmitglieder in die Sommerpause.